Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1892

284 (2.12.1892) II. Blatt

Visual Library

Ausgabe: Wöchentlich zwölf mal.

Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pfg., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., im Reklamentheile 40 Pf.

Bemerkungen: Unbenützt gebliebene Einsendungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 284. II. Blatt. Karlsruhe, Freitag, den 2. Dezember 1892.

Deutscher Reichstag.

÷ **Berlin**, 30. Nov.

5. Sitzung. Präsident v. Levetzow macht Mittheilung von dem Empfang des Präsidiums durch den Kaiser und die Kaiserin.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des Reichshaushaltsetats für 1893/94 in Verbindung mit dem Anleihegesetz und den Kolonialetats.

Schatzsekretär v. **Maltzahn-Gültz**: Das Etatsjahr 1891/92 ergab einen Ueberschuß von 4 Millionen, der in den neuen Etat mit eingestellt ist. Es ist dies ein besseres Ergebniß, als vor einem Jahre gehofft werden konnte. Den Einzelstaaten konnten 52 Millionen mehr überwiesen werden. Das Jahr 1892/93 dürfte mit einem Fehlbetrage von 6 Millionen abschließen. Die Mehrausgaben sind auf 16⅓ Millionen, die Mehreinnahmen auf 10⅓ Millionen zu schätzen. Von den Mehrausgaben entfallen 15⅓ Millionen auf die Verwaltung des Reichsheeres, eine Folge insbesondere der gesteigerten Preise für Getreide ꝛc. Die Ueberweisungen an die Bundesstaaten dürften sich 1⅔ Millionen höher belaufen; von den Zöllen und der Tabaksteuer ist auf eine Mehrüberweisung von 11 Millionen, von der Branntweinsteuer eine Minderüberweisung von 3⅓ Millionen, von der Stempelabgabe eine Minderüberweisung von 6 Millionen zu rechnen. Diese Berechnung sei indeß sehr unsicher, da man die Gestaltung der Zölle in diesem Winterhalbjahr noch nicht übersehen könne. Der neue Etat nehme eine Erhöhung der Matrikularbeiträge um 35 Millionen in Aussicht, während die Ueberweisungen an die Bundesstaaten um 1⅔ Millionen niedriger veranschlagt sind. Die Bundesstaaten werden also um 36—37 Millionen schlechter gestellt, als in dem laufenden Etat. Bei dieser Sachlage war die größte Sparsamkeit dringend geboten, insbesondere mußte auf eine systematische Weiterführung der Erhöhung der Beamtenbesoldungen verzichtet werden. Unmöglich ist es auch, die Erhöhung der fortdauernden Ausgaben in Folge des Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke auf die Matrikularbeiträge zu übernehmen; es ist deßhalb auf eine Erhöhung von Reichssteuern Bedacht genommen worden. Die bezüglichen Vorlagen sind dem Bundesrathe zugegangen: Erhöhung der Brausteuer, Verdoppelung des Stempels für Börsengeschäfte und Erhöhung der Branntweinsteuer. Er bitte, dem Etat und den finanziellen Vorlagen eine eingehende und wohlwollende Prüfung zu Theil werden zu lassen.

Abg. **Fritzen** (Zentr.): Die allgemeine wirthschaftliche Lage ergibt ein trübes Bild. Die Ausfuhr leidet unter rigorosen Zollbestimmungen und unter ungünstigen Währungsverhältnissen. Noch schlimmer ergeht es dem Kleingewerbe, und Schritte zur Hebung des Handwerks dürften nicht länger aufgeschoben werden. Die gute Ernte dieses Jahres ist ein Anziehen der Besserung und es ist auch zu hoffen, daß die rigorosen Zollschranken Nordamerikas ermäßigt werden, so daß unsere Ausfuhr einen neuen Aufschwung nimmt. Erfreulich ist, daß der Bundesrath dem Gesetze wegen Unterstützung der zu Uebungen eingezogenen Mannschaften der Reserve und Landwehr zugestimmt hat. Die dafür eingestellten 2 Millionen würden gewiß gern bewilligt werden. Wenn das Zentrum für die Kolonialetats wieder stimmt, so geschieht das mehr aus idealen, als aus materiellen Rücksichten. Für die Marine kann das deutsche Reich nicht dauernd hunderte von Millionen ausgeben. Es ist zu verwundern, daß die vorliegenden Forderungen für die Marine den Bundesrath unbeanstandet passiren konnten, vielleicht nimmt der Bundesrath an, das Streichen werde der Reichstag besorgen. Nun, das soll geschehen. Unsere Reichsschuld ist auf beinahe zwei Milliarden angewachsen. Das ist an sich noch nicht besorgnißerregend, aber wir haben auch keine regelmäßige Tilgung. Wohin soll das Borgsystem noch führen? Alles borgt: der Staat, die Provinz, der Kreis, die Gemeinde, der Schulvorstand u. s. w. Es kann damit nicht so fort gehen. Freilich, die Bestrebungen auf Abrüstung haben zur Zeit keine Aussicht auf Erfolg. Ein europäischer Krieg, der auch einen Ausweg bringen würde, ist jedenfalls unerwünscht, am unerwünschtesten aber würde es sein, wenn Europa eine Beute des Anarchismus würde. Daß es dazu nicht kommt, tragen wir Alle bei. (Beifall.)

Abg. **Richter** (freis.): Bismarck hat es als das Recht eines Reichskanzlers beansprucht, sich zu widersprechen, aber er hat von diesem Rechte niemals in solchem Maße Gebrauch gemacht, wie der jetzige Reichskanzler Graf Caprivi in seiner Rede zur Einführung der Militärvorlage gegenüber seiner Rede im November v. J. Damals spottete er über die Züchtung des Beunruhigungsbazillus, jetzt wimmelt seine Rede von solchen Bazillen. Was hat sich denn seitdem in den Verhältnissen geändert? Alles, worauf sich Graf Caprivi heute beruft, bestand damals schon. Die Aushebungen in Rußland sind jetzt etwas schwächer und die Aushebungen in Frankreich sind hinter den 1891 gehegten Erwartungen zurückgeblieben. Durch die neue französische Militärvorlage wurde die Friedenspräsenz nicht vermehrt und die französischen militärischen Fachblätter erkennen unumwunden an, daß Frankreich an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt ist. Verwahrung ist gegen die Aeußerung des Reichskanzlers einzulegen, daß Deutschland 1870/71 die militärische Suprematie in Europa besessen habe. Wäre das der Fall, so hätten die Hohenzollern auf den spanischen Thron nicht zu verzichten gebraucht und Deutschland brauchte nicht ruhig zuzusehen, daß sich Rußland einseitig von den lästigen Verpflichtungen des Pariser Vertrags losmachte. Verwahrung ist auch einzulegen gegen die Unterschätzung des Dreibundes. Welchen Eindruck muß die Rede des Grafen Caprivi im Auslande machen! Wenn das Ausland die Rede Caprivi's ernst nimmt, so muß es in derselben eine Einladung erblicken, über uns herzufallen, über uns, „die wir zu schwach, zu alt, zu lose" sind. Wenn wir die Vorlage annehmen, bestätigen wir, daß wir jetzt schwach, lose u. s. w. sind, und da die Wirkung der Vorlage erst in 20 Jahren eintritt, so müßte deren Annahme die Einladung an das Ausland, uns zu überfallen, nur verstärken. Nichts ist ungerechter als der Ausspruch des Reichskanzlers, die Männer von 1870/71 hätten ihr Blut gegeben, während wir nicht einmal Geld geben wollten. Seit 1870 hat Deutschland 12 Milliarden für Militärzwecke verausgabt. Das Ordinarium des Militäretats ist seit 1872 von 250 auf 425 Millionen gestiegen. Die Kavallerieansammlungen Rußlands an der Grenze können Die nicht schrecken, die in der Kommission die gegebenen Mittheilungen aufmerksam verfolgten. Dem kleinkalibrigen Gewehr gegenüber halten diese Kavalleriemassen nicht Stand. Die Reichsschuld hat sich seit 6 Jahren vervierfacht; mit jedem neuen Anleihegesetz wird die 2. Milliarde überschritten. Wir sind viel stärker, als man allgemein glaubt. In der Thronrede steht, daß die Einzelstaaten in den Ueberweisungen mehr als eine Deckung der Matrikularbeiträge finden können. Die Matrikularbeiträge stellen sich auf 356, die Ueberweisungen aber nur auf 349 Millionen Mark. Seit wann sind denn 349 mehr als 356? Wer macht denn eine solche Thronrede? (Heiterkeit.) Die Kulturaufgaben des Reiches und der Einzelstaaten werden in Folge der ungünstigen Finanzverhältnisse beschränkt, und trotzdem sagte der Reichskanzler: Jedes Volk habe seine Kulturaufgabe. Herr v. Maltzahn hat sich um die neuen Steuern viel Mühe gegeben. Er ist mit dem Hute in der Hand in Süddeutschland herumgereist und hat sich nach der Geschmacksrichtung der Finanzminister erkundigt und trotzdem reicht seine Vorlage noch nicht heran an die 64 Millionen Mark, welche die Militärvorlage fordert. Ist es denn ganz sicher, daß eine Verdoppelung der Biersteuer auch eine Verdoppelung der Einnahmen ergibt? Das Gegentheil dürfte eher richtig sein. Der Reichskanzler sagt: Die Tabaksteuer habe man nachher fallen lassen, das ist karakteristisch. Man beunruhigt die ganze Industrie. Es werden Sachverständige berufen, die Vorschläge machen sollen, und nachher rechnet man und sagt: Es ist nicht nöthig, wir brauchen Euch nicht, Ihr habt Euch aufgeregt, nun regt Euch wieder ab! (Große Heiterkeit.) Das ist keine Finanzpolitik, das ist die reine Kalkulaturarbeit. Wenn etwas geschehen soll, dann schaffen wir das ganze Reichsschatzamt ab. (Zustimmung links.) Wenn es nach mir ginge, würde überhaupt kein Pfennig bewilligt, ehe nicht die Anregung des Herrn v. Bennigsen in Bezug auf unsere Reichsfinanzen berücksichtigt ist. (Zustimmung links.) Sind denn die indirekten Steuern nicht schon hoch genug? 731 Millionen macht 14 Mark auf den Kopf der Bevölkerung, 70 Mark für jede Familie. Das macht für die Kreise, aus denen die Reichstagsabgeordneten zu kommen pflegen, nicht viel, aber die Einkommensteuer in Preußen hat ergeben, daß 7/10 aller Einwohner Preußens sich mit einem Einkommen unter 700 M. begnügen müssen; nach der Statistik der Unfallversicherung haben die industriellen Arbeiter 2 Mark Tagelohn. Davon stellt also die Belastung einer Familie den Lohn für 35 Arbeitstage, also für 1½ Monat dar. Der Reichskanzler sprach von einer Besserung der Verhältnisse, während noch die preußische Thronrede davon sprach, daß ein Aufschwung vorläufig nicht in Aussicht stehe. Die Häufung der Militäranleihen hat nicht zum Wenigsten auf die wirthschaftliche Depression hingewirkt und dazu kommt nun die neue Militärvorlage, welche das Ordinarium steigert und auch den Anleihebetrag vergrößert. Ich bin der Ueberzeugung, daß die Millionenheere im nächsten Kriege Milliardenkredite verlangen. Die endgiltige Entscheidung wird davon abhängig sein, wer es bis zuletzt aushalten kann und zwar nicht blos bezüglich der militärischen Kräfte, sondern auch in Bezug auf die Geldmittel. Die Kapital- und die Steuerkraft des Landes ist aber durch die großen Forderungen der letzten Jahre in Frage gestellt. Geht man darüber hinaus, so wird nicht nur die Kapitalkraft, sondern schließlich auch die Wehrkraft geschmälert werden. Das wollen wir verhindern. (Beifall links.)

Reichskanzler Graf v. **Caprivi**: Der Herr Vorredner hat mich in einer Weise angegriffen, die ich als die schärfste bezeichnen müßte, wenn sie berechtigt wäre. Er hat mir gesagt: Der Zweck heiligt die Mittel. Er hat meine Rede im vorigen Jahre angezogen. Ich habe damals gesagt, wenn ich eine Truppe führe, welche zum Schlagen kommen soll, so würde ich sie ruhig die Nacht schlafen lassen. Ich habe damit sagen wollen, daß ich die Nation nicht unnöthig beunruhigen wolle. Ich habe aber im vorigen Jahre auch schon gesagt, daß wahrscheinlich der Reichstag im nächsten Jahre darüber befragt werden müsse, wie die steigende Bevölkerungsziffer nutzbar gemacht werden könne. Die Verdy'schen Projekte liegen eine Reihe von Jahren zurück. Ich bin im vorigen Jahre nicht darauf zurückgekommen, habe aber auch nicht verschwiegen, daß wir in diesem Jahre darauf zurückkommen würden. Der Herr Vorredner hat mir ferner unterstellt, daß ich gesagt hätte, Deutschland sei nur dazu da, Oesterreich und Italien den Rücken zu decken. Das habe ich nicht gesagt, und ich werde mich auch vom Herrn Vorredner nicht dazu drängen lassen, etwas über die Zukunfts-Strategie des Dreibundes zu sagen. (Zustimmung rechts.) Ich habe anerkannt, daß der Reichstag seine Schuldigkeit gethan habe, aber ich kann dasselbe nicht sagen von der freisinnigen Partei, welche allen Militärvorlagen widersprochen hat; sie hat nur das Gesetz wegen Veränderung der Wehrpflicht vom Jahre 1888 angenommen. Wenn auch das hohe Haus das vollste Recht hat, für sich in Anspruch zu nehmen, daß es nach Möglichkeit für die Wehrkraft des Reiches gesorgt hat, so hat die freisinnige Partei nicht das Recht, sich hierbei als Vertreter des Hauses zu geriren. Nach der Konfliktszeit sagte ein preußischer Demokrat: „Die preußische Demokratie sei immer da, wo Preußens Fahnen wehen." Das war aber zu spät; denn wenn es nach der Demokratie gegangen wäre, hätte die Fahne Preußens überhaupt nicht 1866 im Kriege geweht. Auf die Militärvorlage will ich nicht eingehen. Herr Richter hat mir eine falsche Vertheidigung derselben vorgeworfen. Ich hätte von Herrn Richter gern wissen mögen, wie ich die Vorlage vertheidigen soll. (Lachen links.) Wie sollte ich sie vertheidigen, als indem ich die Schleier von den Blößen der Organisation wegziehe, in der Zuversicht, daß Sie der Vorlage doch zustimmen. Wir haben eine verstümmelte dreijährige Dienstzeit und eine verkrüppelte Wehrpflicht. Das Erste ist anerkannt der Weg zum Bessern und wird verschieden bezeichnet. Herr Richter spricht von der zweijährigen Dienstzeit, eine Vermehrung der Präsenz will er nicht eintreten lassen. Wenn wir den Spieß umdrehen und sagten, dann gehen wir auf die volle dreijährige Dienstzeit zurück und schwächen unser Kontingent, was sollte dann aus Deutschland werden? (Widerspruch links.) Wir werden das nicht thun, die dreijährige Dienstzeit wirkt sehr verschieden, und wenn wir davon abgehen, müssen wir die nöthigen Kompensationen haben. Wir haben jetzt 100,000 Ueberzählige, von denen 15,000 zu einer kurzen Reserve-Uebung eingezogen werden. Von diesen Leuten wird Mancher als Ersatzreservist und als Landstürmer herangezogen werden, aber erst nach den ersten entscheidenden Schlachten. Es würden in dem Zukunftskriege größere Truppenzahlen gebraucht werden, es würden dazu alte Leute, statt der jungen Leute, welche hinter dem Ofen sitzen, herangezogen werden müssen, das ist verkehrt, wirthschaftlich und militärisch. Ich spreche von alten Leuten und will erklären, daß ich das nur militärisch meine; ein Mann von 32 Jahren ist ein alter Mann; ein Unteroffizier in diesem Alter hat das Recht, eine Zivilversorgung zu verlangen. Die jungen Leute sind militärisch brauchbarer. Die älteren Leute sind die Steuerzahler, die ein Geschäft und Familie haben, welche Unterstützung fordern, also die Steuerzahler belasten. Es ist undenkbar, daß man einen solchen Zustand bestehen lassen soll, während junge Leute in großer Zahl militärfrei bleiben. Im Lande ist die Ansicht sehr weit verbreitet, daß mit diesem Zustand gebrochen werden muß. Ich würde geglaubt haben, daß die Fortschrittspartei nicht so heftig gegen die Vorlage auftreten würde, denn in einem Programm derselben von 1878 heißt es: Gleichmäßige Vertheilung der Wehrpflicht durch Abkürzung der Dienstzeit und Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Jetzt, wo die Regierung darauf eingeht, sagen sie nein: nun wollen wir nicht. (Heiterkeit.) Der Herr Vorredner meinte, die Reservedivisionen setzen sich aus Reservisten zusammen. Da kann man sagen: Man kann ein Politik-A-B-C-Buch schreiben und kann doch das militärische A-B-C nicht kennen. Das vierte Bataillon und die Ersatzbataillone absorbiren alle Reservisten, so daß die Reservedivisionen aus Landwehrleuten zusammengesetzt werden. Herr Richter hat wahrscheinlich bei seinem eifrigen Studium der französischen Heeresverfassung sich in den Glauben versetzt, daß wir auch regiments mixtes bilden. Das ist aber nicht der Fall. Wenn der Landsturm mobil gemacht wird, dann gibt man dem Landstürmer nicht eine Flinte auf die Schulter und sagt: „Sei Soldat", sondern man wird die ausgebildeten Mannschaften darunter nehmen und die anderen weglassen. Das ist auch eine Ungerechtigkeit. Wir können sehr wohl in die Lage kommen, wo auch der älteste Mann, der Krümper, noch mitgehen muß. Solche Leute können, in einem Schützengraben liegend, immer noch ihr Gewehr abschießen, was ja jetzt beinahe wie eine selbstthätige Maschine arbeitet. Aber für die Märsche im Felde sind solche Truppen nicht zu gebrauchen. Ich habe gesagt: Unsere Truppe ist zu schwach, zu alt und zu lose. Darin liegt kein Tadel. Ich habe keine Aeußerung gethan, daß ich von dem deutschen Soldaten geringer dächte, wie von irgend einem Soldaten der Welt. Redner verliest noch einmal die betreffenden Worte seiner Rede vom 23. Nov. und schließt: Deßhalb sage ich, wir wollen uns verstärken, verjüngen und fester organisiren. (Beifall rechts.)

Staatssekretär v. **Maltzahn**: Abg. Richter hat einen Passus der Thronrede bemängelt, in welchem es heißt, daß die Einzelstaaten für die allen gemeinsamen Matrikularbeiträge eine mehr als ausreichende Deckung finden in den Ueberweisungen. Es sind aber nicht alle Matrikularbeiträge gemeinsam. (Lachen links.) Einige Einzelstaaten haben vorab gewisse Lasten zu tragen und diese belaufen sich auf 9 Millionen Mark, so daß die Matrikularbeiträge nur 345 Millionen Mark betragen, es bleibt also den Staaten noch eine Ueberweisung von etwa 3,400,000 M. übrig. Unter der Heiterkeit des Hauses hat Herr Richter erzählt, daß ich mit dem Hute in der Hand in Süddeutschland umhergereist sei, um die Zustimmung zu den Steuervorlagen zu erlangen. Die Darstellung ist eine vollständig irrige. Die Ausarbeitung der Vorlagen ist rechtzeitig erfolgt im Schooße der Reichsregierung und nachher habe ich über die Grundzüge mit den einzelnen Herren verhandelt und überall Zustimmung gefunden. Ich danke Herrn Richter, daß er mir Gelegenheit gegeben hat, dies hier festzustellen, gegenüber den Gerüchten, welche in der Presse umgelaufen sind. Die Regierung hat ihre Absichten völlig geheim gehalten, nur durch Indiskretion der Interessenten sind ihre Pläne bekannt geworden. Die Regierung hat also die Beunruhigung nicht hervorgerufen. Die 58 Millionen der Steuervorlagen sollen die 64 Millionen, welche die Militärvorlage erfordert, nicht decken. Die Militärvorlage erfordert jetzt noch nicht so viel und namentlich wollen die Freisinnigen ja niemals mehr bewilligen, als durchaus nothwendig ist. Wollen die Freisinnigen jetzt Steuern auf Vorrath bewilligen, wenn die Beamten Herrn Richter wegen der Gehaltsaufbesserung bestürmen, so kann ich nur erklären: die Regierung hat einen Plan zur Aufbesserung der Beamtengehälter dem Reichstage vorgelegt und derselbe ist namentlich auf Betreiben der freisinnigen Herren stark beschnitten worden.

Abg. **Kardorff** (Reichsp.): Daß eine Militärvorlage kommen würde, haben wir ja gewußt, denn der Reichskanzler hat ja schon im vorigen Jahre erklärt, daß die höhere Bevölkerungsziffer ausgenutzt werden müsse. Die konservativen Parteien haben für die dreijährige Dienstzeit gekämpft unter Führung der höchsten militärischen Autoritäten, des hochseligen Kaisers Wilhelm und des Grafen Moltke. Ich erkenne an, daß die 2jährige Dienstzeit ihre erheblichen Vorzüge hat, namentlich in Bezug auf die älteren Leute, die dadurch etwas geschont werden. Die Generale haben sich gegen die Einführung der 2jährigen Dienstzeit erklärt und bezweifeln, ob sie auch einmal durchgeführt werden kann, wegen des großes Bedarfes an Offizieren, und weil die 2jährige Dienstzeit nicht für alle Truppentheile paßt. Das Urtheil der militärischen Autoritäten geht dahin: was wir an Quantität gewinnen, verlieren wir an der Qualität des Heeres. Das wäre ein bedenkliches Ergebniß. Die Beantwortung für die Ablehnung der Vorlage ist sehr schwer. Aber wir haben das Zutrauen, daß unser bisheriges Heer noch gewachsen ist allen Anforderungen, welche an dasselbe gestellt werden. Die politische Lage ist eine sehr friedliche, und wir freuen uns, daß auch unser Verhältniß zu Rußland sich bessert. Wenn die Presse wüßte, wie sie unsere Interessen schädigt dadurch, daß sie gegen Rußland schreibt und namentlich die für jeden Russen geheiligte Person des Czaren angreift, so würde sie sich vielleicht mehr in Acht nehmen. In Zentrumskreisen ist die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes erörtert worden. Wir wissen, daß die Führer nicht Deutschland deßhalb in einen Krieg verwickeln wollen. Aber wir wissen auch, daß solche Aeußerungen in Italien nicht unbeachtet bleiben, namentlich da sich eine gewisse Neigung zu Frankreich breit macht, die in der letzten Zeit immer mehr zugenommen hat. Auf das nationale Empfinden macht es keinen guten Eindruck, wenn von der weltlichen Herrschaft des Papstes gesprochen wird. Aufgefallen ist es mir, mit welchem Jubel die Militärvorlage in Oesterreich aufgenommen wird: man nimmt es dort als selbstverständlich an, daß diese Vorlage durchgedrückt wird, wenn auch mit Auflösung des Reichstages. Für eine eigene Militärvorlage in Oesterreich würde der Jubel wohl nicht so groß sein. (Zustimmung links.) In Frankreich erwartet man den Ausgang des Experimentes, welches wir machen, von einer Beunruhigung ist da gar nichts zu merken, und die Ablehnung der Vorlage würde also dort auch keinen Eindruck machen. Die Times ist ebenso für die Militärvorlage, wie die österreichische Presse. Die englische Regierung hat es gern, wenn Andere für sie die Kastanien aus dem Feuer holen. Der [illegible] Reichskanzler hat erklärt, daß er die Vorlage ohne [illegible] rasel einbringen wolle. Herr Richter hat auf [illegible] verwiesen, wo man mit dem Säbel gerasselt habe. Die Veröffentlichung der Akten hat doch bewiesen, welche Pläne der General Boulanger damals hatte. (Widerspruch links.) Für die Marinebewilligungen bin ich immer gewesen, weil ich die Meinung habe, die deutsche Flotte müsse mindestens der russischen gleich sein. Die Folge der Militärvorlage wird sein, daß die Mittel für die Marine sehr eingeschränkt werden. Finanziell unmöglich ist die Aufbringung der 60 Millionen allerdings nicht; aber die wirthschaftlichen Verhältnisse sind durchaus nicht gut. Den wirthschaftlichen Rückgang der Industrie hat der **Reichskanzler** schon erwähnt. Aber auch die Landwirthschaft steht nicht überall glänzend da, der guten Körnerernte steht eine sehr schlechte Futterernte und eine minderwerthige Zuckerrübenernte gegenüber. Die Landwirthschaft erleidet großen Verlust durch die Maul- und Klauenseuche; man schätzt den Verlust auf 40 Millionen Mark. Wenn man den Steuersatz für den Branntwein von 50 auf 55 Pf. erhöhen will, so bedeutet das namentlich für die kleineren Brenner einen großen Ausfall. Die Wahl Ahlwardt's zeige, wie weit der letztere vertreten sei. Der Rückgang der Landwirthschaft bedeutet auch die Verminderung der Wehrkraft des Landes, deßhalb muß der Landwirthschaft geholfen werden. Durch die Reden des Reichskanzlers ging ein Wehen und Rauschen aus einer vergangenen Zeit. Ich kann nur wünschen, daß derselbe einmüthige vaterländische Geist, der damals in Deutschland herrschte, auch bei der Berathung der Militärvorlage und des Etats gelten möge.

Um 4½ Uhr wird die weitere Berathung bis Donnerstag 1½ Uhr vertagt.

Deutsches Reich.

□ **Karlsruhe**, 1. Dez. Verschrobenheit, dein Name ist Freisinn! muß man denken, wenn man gewisse Preßerzeugnisse liest. Diesmal meine ich einen Artikel in der Frankfurter Zeitung, der die Versammlung des nationalliberalen Vereins in **Mannheim** vom 19. d. M. bespricht. Die Bad. Landeszeitung hat über dieselbe in Nr. 275 I. ausführlich berichtet. Es stand die Militärvorlage zur Berathung; zwei Redner erklärten sich gegen die Militärvorlage in der jetzigen Gestalt, ein dritter Redner hob hervor, daß eine bestimmte Entschließung zu frühe sei, so lange man die Vorlage und ihre Begründung noch nicht vollständig kenne. Daraus schließt nun der Freisinn im besagten Artikel, daß „die badischen Nationalliberalen nicht nur in der Militärfrage, sondern auch in der innerbadischen Politik gespalten sind". Noch sonderbarer als diese logische Leistung ist die zweite, welche den Umstand, daß der nationalliberale Verein in Mannheim ein frisches, kräftiges Schoß, den nationalliberalen Jugendverein mit mehr als 200 Mitgliedern getrieben hat, „als ein Symptom der sich allmählich vorbereitenden Auflösung der Partei in ihrer gegenwärtigen Gestalt begrüßt". Es ist ja ein von den demokratisch-freisinnigen und ultramontanen Blättern häufig angewendeter Kunstdünger, die Saat ihrer Hoffnung durch das Vorgeben, die nationalliberale Partei sei am Verenden, sie zersetze sich u. dgl., zu kräftigen. Allein die fraglichen Preßerzeugnisse sind doch manchmal so jämmerliche Gestalten, daß man sich fragt, ob die Fabrikanten nicht selber über sie lächeln. Im Uebrigen ist der Schluß vom Auftauchen verschiedener Meinungen über eine Frage auf Zerwürfnisse und Zersetzung einer Partei ein sehr gewagter. Es mag ein Zeichen des Freisinns und der Demokratie sein, neben der Ansicht der herrschenden Führer keine zweite zum Wort kommen zu lassen und Jeden, der anders zu denken wagt, aus der Partei auszustoßen oder ihm den politischen Lebensfaden zu unterbinden, wie die Männer der französischen Revolution jede abweichende Gesinnung guillotinirten, — bei liberalen Männern ist das Wort frei und von einem Despotismus, wie ihn der Freisinn als Programm zu haben scheint, ist ebensowenig die Rede, wie von dem unbedingten Verneinen alles Dessen, was zur Größe Deutschlands und damit zum Wohle des Volkes nöthig ist.

N **Berlin**, 30. Nov. Die **Steuervorlagen** werden, wie wir hören, Mitte nächster Woche im Reichstag eingehen. Man will diese Vorlagen abwarten, bevor in die erste Berathung der Militärvorlage eingetreten wird, was unmittelbar darauf geschehen wird. — Der **Jesuitenantrag des Zentrums** wird im Reichstag jedenfalls erst nach Neujahr zur Verhandlung kommen. In parlamentarischen Kreisen glaubt man nicht, daß er eine Mehrheit finden wird, wenn es überhaupt zur Abstimmung kommt. Bei den Konservativen sowohl, wie bei den Freisinnigen soll mit Rücksicht auf die Stimmung der Wähler wenig Neigung herrschen, dem Antrag zuzustimmen. Auch von der Regierung glaubt man nicht, daß ihre ablehnende Stellungnahme sich in neuerer Zeit geändert habe.

N **Berlin**, 30. Nov. Der Uebelstand, der durch die großen **Vertagungen** übermäßig in die Länge gezogenen Sessionen macht sich u. A. auch in der Mittheilung der Entschließungen des Bundesraths auf Beschlüsse des Reichstags geltend, welche jetzt erst für die ganze fast zweijährige Tagung erfolgt. Jetzt erst empfangen wir amtliche und authentische Nachricht über die Schicksale wichtiger Reichstagsbeschlüsse im Bundesrath. So ist der Beschluß des Reichstags, die schließliche Entscheidung der in Zollsachen auftauchenden Rechtsfragen dem Rechtswege zu überweisen, bereits am 12. Juni 1890 gefaßt und im Dezember 1890 vom Bundesrath abgelehnt worden; jetzt erst erfolgt amtliche Mittheilung darüber. Und so noch bei verschiedenen anderen Anträgen und Beschlußfassungen. Bestätigt wird jetzt auch die Ablehnung des Antrags auf Diätenzahlung an die Reichstagsabgeordneten, die am 7. Juli 1892 vom Bundesrath beschlossen wurde. Der Antrag wird in der diesmaligen Tagung wohl schwerlich wieder aufgenommen werden.

Berlin, 30. Nov. In den hiesigen diplomatischen Kreisen findet die Mittheilung der Politischen Korrespondenz über den **Großfürst-Thron-**

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

folger von Rußland und seinen Wunsch, sich mit der Prinzessin Maria von Griechenland zu verloben, viele Beachtung. Man will wissen, daß die Kaiserin von Rußland eine eifrige Förderin dieses Planes sei und ihren Sohn in seiner Neigung noch bestärkt habe. Nun verbietet aber die griechisch katholische Kirche die Ehe zwischen Geschwisterkindern und die Czarin und der König von Griechenland sind Geschwister. Man hat zwar seit Alters Ausnahmen gemacht, aber dem Volksgefühle waren diese Ehen immer etwas Anstößiges. Als nun vor einigen Jahren der Großfürst Paul, der jüngste Bruder des Czaren, sich mit der ältesten Tochter des Königs von Griechenland vermählte und die junge Großfürstin im Wochenbette starb, glaubte das Volk in Hellas, hierin den Finger Gottes zu erkennen, da die beiden Gatten zu nahe verwandt waren.

* **Straßburg**, 30. Nov. Die amtliche Straßburger Korrespondenz bezeichnet die in verschiedenen Blättern erwähnten Gerüchte von dem Rücktritt des Staatssekretärs v. Puttkamer als jeder Begründung entbehrend.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 30. Nov. Im Beisein des württembergischen Königspaares findet am 24. Januar n. Js. die Vermählung der Erzherzogin Margarethe mit dem württembergischen Thronfolger statt.

Frankreich.

♁ **Paris**, 30. Nov. Der Agence Dalziel wird aus Kotonu berichtet: Der General Dodds und der Gouverneur Ballot fahren mit der Umgestaltung der inneren Verhältnisse in Dahomey fort. Sie haben ihre Maßregeln getroffen, um ohne Schwertstreich die Küstenstädte Wydah, Godomey, Avrekete und Abomey Kalavy zu besetzen und dort unverzüglich eine Zollverwaltung einzurichten. Das Innere des Landes wird, wie es heißt, in zwei Provinzen Allada und Abomey eingetheilt werden, die ehedem zwei unabhängige Königreiche bildeten. Zwei von Frankreich ernannte, unter die Aufsicht von Residenten gestellte Häuptlinge werden über die Eingeborenen herrschen, die Handeltreibenden aller Nationen sollen unter der direkten Behörde der Residenten stehen.

Belgien.

* **Brüssel**, 30. Nov. Eine heute eingegangene Depesche des Gouverneurs des Kongostaates erwähnt die anderweitig verbreiteten Nachrichten von der Niedermetzelung der Antisklaverei-Expeditionen unter Jacques und Bia am Tanganika nicht.

Großbritannien.

* **London**, 30. Nov. Die Königin Viktoria genehmigte die Ernennung des Generalmajors Sir George White zum Oberbefehlshaber in Indien an Stelle des von diesem Posten zurückgetretenen Lord Roberts.

Griechenland.

* **Athen**, 30. Nov. Trikupis legte der Kammer das Budget für 1893 vor. Es beziffert die Einnahmen auf 110, die Ausgaben auf 104 Millionen, weist also einen Ueberschuß von 6 Millionen auf. Es enthält gegenüber dem jetzigen Budget 5 Millionen Ersparungen, darunter 1 Million im Kriegsbudget, 3 Millionen im Budget der öffentlichen Arbeiten. Die Erhöhung der Einnahmen ist verbürgt durch das wachsende Erträgniß der Tabaksteuer, durch die Revision des Zolltarifs und die Reform des Stempelgesetzes.

Bulgarien.

* **Sofia**, 30. Nov. In der heutigen Sitzung der Sobranje machte Ministerpräsident Stambulow von dem Ukas Mittheilung, durch welchen der Justizminister Sallabaschew interimistisch mit der Leitung der Finanzen betraut wird.

Baden.

P. **Karlsruhe**, 1. Dez. (Handelskammerwahl.) Bei der am Dienstag stattgefundenen Handelskammerwahl wurden nach den vorläufigen Ergebnissen mit den in Klammern beigesetzten Stimmen wieder gewählt: Fabrikant H. v. Bömble in Baden (336), Privatier Albert Elsaßer in Bruchsal (277), Kaufmann Leopold Ettlinger in Karlsruhe (275), Kaufmann Emil Glaser in Karlsruhe (290), Kaufmann Richard Gsell in Karlsruhe (295), Kaufmann Rudolf Herrmann in Karlsruhe (280), Fabrikant Eugen Holtzmann in Weisenbach (336), Generaldirektor Friedrich Hummel in Ettlingen (337), Bankier Robert Kölle in Karlsruhe (291), Bierbrauereibesitzer Albert Printz in Karlsruhe (179), Fabrikant Anton Rheinboldt in Rastatt (336), Fabrikant Wilhelm Schrag in Bruchsal (336) und Kaufmann Albert Schütt in Bühl (336); Fabrikant Hermann Wittmer in Bretten wurde (mit 335 Stimmen) für den von dort verzogenen Herrn Fabrikanten Christian Beutenmüller neu gewählt. Einem Kandidaten, der an Stelle eines Karlsruher Kammermitgliedes vorgeschlagen wurde, fielen 108 Stimmen zu. Auf einen weiteren Vorschlag, welcher ein Bruchsaler und sämmtliche in der Wahl stehenden derzeitigen Karlsruher Mitglieder der Handelskammer durch andere Herren ersetzt wissen wollte, vereinigten sich zwischen 42 und 58 Stimmen.

Freiburg, 1. Dez. Der Dienstknecht Barth. Ratzer, der die Bertha Kaltenbach in Kirnach ermordete, hat in unserer Gegend bereits einmal durch ein Verbrechen die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Er hat nämlich am 21. August 1890 am Hochfirst auf der Straße zwischen Neustadt und Saig die Lehrerin Fräulein Sammet aus Mannheim überfallen und ihres Geldes beraubt. Das hiesige Schwurgericht dictirte ihm hierfür 2 Jahre und 1 Woche Gefängniß zu, die er hier verbüßte. Kurz nach seiner Entlassung führte er das neue Verbrechen aus.

□ **Bretten**, 1. Dez. Der am letzten Samstag in die Irrenklinik Heidelberg gebrachte Altbürgermeister Herzer ist daselbst heute früh gestorben; er wird am Samstag auf dem hiesigen Friedhof beerdigt.

§ **Vom obern Kinzigthal**, 29. Nov. In unserer Gegend tritt immer wieder bald da, bald dort, in vereinzelten Fällen unter dem Viehbestande die Maul- und Klauenseuche, dieser Schrecken des Landwirths, auf. Einer größeren Verbreitung der Krankheit ist, Dank den Bemühungen der zur Durchführung des Seuchengesetzes in erster Reihe berufenen Beamten, der Herren Bezirksthierärzte, vorgebeugt worden. Diese Thatsache wird allgemein rückhaltslos und dankbar von der Landbevölkerung anerkannt; daher hört man überall den dringenden Wunsch laut werden, es möchte doch, da der großh. Bezirksthierarzt des Wolfacher Bezirks kürzlich rasch versetzt wurde, mit Rücksicht auf die noch herrschende Thierseuche alsbald die genannte Stelle endgiltig besetzt werden. Die Besorgung des Bezirks durch einen außerhalb desselben wohnenden Thierarzt muß den Interessenten bei der räumlichen Ausdehnung des ersten, als eine den Verhältnissen nicht entsprechende erscheinen.

Verschiedenes.

Berlin, 30. Nov. Am Sonntag starb im 93. Lebensjahre die Wittwe des früheren Chefredakteurs der Nat.-Ztg., Dr. Zabel. Die Greisin gehörte zu den bedauernswerthen Opfern der Gebrüder Sommerfeld, durch deren verbrecherisches Treiben sie ihr ganzes, zwar nicht großes, aber doch sie nährendes Vermögen verlor, so daß sie in dem letzten Lebensjahre auf fremde Hilfe angewiesen war. Sie empfing bis an ihr Lebensende eine Pension von der Nat.-Ztg.

Chemnitz, 29. Nov. Der lichtscheue Spiritismus ist seit vielen Jahren hier und in allen größeren Orten des Erzgebirges im Schwunge, und die Medien finden in kleinbürgerlichen und in Arbeiterkreisen viele Anhänger und Gläubiger. Neuerdings ist es bei ihnen ein sehr beliebtes Mittel des Gelderwerbs, die verstorbenen Kinder zahlungsfähiger Eltern erscheinen und aus dem Jenseits zu den Ihrigen sprechen zu lassen, ein Zauber, der seines Eindrucks nie verfehlt. In Zwickau, wo die Spiritisten mit einem „Verein für spiritistische Bestrebungen" hervorgetreten waren, erregte die Anwendung kirchlicher Formen bei den Versammlungen Anstoß, weßhalb der Verein von der Behörde aufgelöst worden ist.

London, 28. Nov. In den Londoner Docks brach in der Nacht auf Freitag ein großes Feuer in einer der dortigen Waaren-Niederlagen aus. Diese Niederlage war eine der größten in den Docks und mit Korn, Tabak und Gewürzen angefüllt. Der ungeheure Qualm erschwerte die Löscharbeit der Feuerwehr, die von allen Theilen Londons aufgeboten werden mußte, in hohem Grade. Die Feuersbrunst wüthete bis am Samstag Abend und richtete einen Schaden von 40,000 L. an.

Handelsnachrichten.

* Karlsruhe, 1. Dezbr. Von heute an kosten 450 Gramm Halbweißbrod 17 Pf., 900 Gr. 34 Pf., 700 Gr Schwarzbrod 1. Sorte 20 Pf., 700 Gr. 2. Sorte 17 Pf., 1400 Gr. Schwarzbr. 1. S. 40 Pf., 1400 2. S. 34 Pf., 450 Gr. Kornbrod 14 Pf., 700 Gr. 20 Pf., 900 Gr. 34 Pf., 1400 Gr. 40 Pf. — ½ Kilo Ochsenfleisch 60—68 Pf., Rindfleisch 56 bis 60 Pf., Schweinefleisch 64—68 Pf., Kalbfleisch 56 bis 60 Pf., Hammelfleisch 40—50 Pf.

* **Magdeburg**, 30. Nov. (Zuckerbericht.) Kornzucker ausschl. von 92 Proz. 14.50, Kornzucker ausschl. 88 Proz. Rendem. 13.80. Nachprodukte ausschl. 75 Rendem. 11.75. Stetig. Brodraffin. I. 28.—. Brodraffin. II. 27.75. Gem. Raffinade mit Faß 28.25. Gem. Melis I. mit Faß 26.25. Ruhig. Rohzucker 1. Produkt Transito f. a. B. Hamburg für Nov. 13.90 bez. u. Br., für Dez. 13.85 bez., 13.87½ Br., für Jan. 14.02½ bez., 14.05 Br., für Febr. 14.12½ Br. Stetig.

Städtisches.

⁂ **Karlsruhe**, 1. Dez. Die heutige Fremdenliste der hiesigen Gasthöfe führt als neu angekommen 305 Fremde auf.

Drahtberichte.

* **Berlin**, 1. Dez. Der Kaiser traf heute früh 7 Uhr 30 Min. aus Pleß hier ein und begab sich sofort nach dem königlichen Schlosse.

* **Berlin**, 1. Dez. (Reichstag.) Fortsetzung der Etatberathung. Der Abg. Dr. Buhl erklärt, die Nationalliberalen würden die militärischen Forderungen bewilligen, soweit die vitalen Interessen des Reiches es gestatten. Die Militärvorlage sei in vollem Umfange nicht durchführbar. Der Marineetat bedürfe der genauesten Prüfung.

Graf Caprivi erklärt gegenüber dem Abg. Buhl, die maritime Vertretung Deutschlands bei den Kolumbusfesten in Genua und Spanien sei des Reiches würdig gewesen (?) Die Regierungen Italiens und Spaniens dankten wärmstens dafür; es war unmöglich, mehr Schiffe zu senden. Weiter stellt der Reichskanzler in Aussicht, daß dem Reichstage im Jahre 1893 eine Vorlage über die Militärstrafprozeßordnung zugehen würde.

Abg. Liebknecht schreibt die jetzige Nothlage dem kapitalistischen Wirthschaftssystem zu. Der Antisemitismus fördere den Sozialismus. Er empfiehlt das Milizsystem.

Abg. Frege (konservativ) erklärt, ihre prinzipielle Stellung zur Militärvorlage würden die Konservativen erst bei der Berathung der Vorlage selbst zum Ausdruck bringen. Weiter dankt Redner dafür, daß von der Höherbesteuerung des Tabaks Abstand genommen worden ist. Mit der Börsensteuer und der Biersteuer sei er einverstanden, er müsse aber das Branntweinsteuergesetz bekämpfen. Bezüglich der Marineforderungen würden die Konservativen, wie die Nationalliberalen und das Zentrum vorgehen, damit das Land vor einer übergroßen Belastung bewahrt werde.

Damit schließt die Sitzung. Nächste Sitzung morgen.

* **Berlin**, 1. Dez. Der Vorstand des Wahlvereins der deutschen Konservativen veröffentlicht den umfangreichen, dem Parteitag vorzulegenden Programmentwurf. Nach Betonung der Aufrechterhaltung des Programms von 1876 heißt es: bezüglich des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche wollen wir keinen Gewissenszwang und kein Uebergreifen der Gesetzgebung in's innerkirchliche Leben; ferner heißt es in dem Programmentwurf: wir bekämpfen den zersetzenden jüdischen Einfluß auf das Volksleben, verwerfen jedoch die Ausschreitungen des Antisemitismus und verlangen Beseitigung der Bevorzugung des großen Geldkapitals sowie eine wirksame staatliche Beaufsichtigung der Börsengeschäfte.

* **Wien**, 1. Dez. Im Abgeordnetenhause haben sich bei der Berathung des Dispositionsfonds gegen denselben zum Wort gemeldet: Prade, Biankini, Vasaty, Herold und Plener, und dafür sprach Romanczuk. Prade erklärte Namens seiner Partei, man bewillige dem Staate das Budget, aber nicht der Regierung den Dispositionsfond, weil man ihr mißtraue. (Mit dieser offiziellen Erklärung hat die deutsch-fortschrittliche Partei den Bruch mit der Regierung vollzogen und ist in die alten Lagerplätze auf oppositioneller Seite wieder eingerückt. Die Ablehnung des Dispositionsfonds an sich ist ein thatsächliches Mißtrauensvotum. Prade hat dies Namens seiner Partei noch besonders ausgesprochen, um dadurch der vorbeugenden Kundgebung des Grafen Taaffe, als sei dem Budgetposten jeder andere gleich zu achten und ihre Verweigerung kehre die Spitze nicht gegen die Regierung, wirksam zu begegnen. Der Bruch erhält dadurch einen wesentlich verschärften Karakter.)

* **Wien**, 30. Nov. Wie die Polit. Korr. meldet, war heute Abend die Schlußsitzung der österreichischen und Schweizer Delegirten für den Rhein-Regelungsvertrag Behufs Erledigung von Formalitäten. Die Ausfertigung und die Unterzeichnung im Auswärtigen Amte erfolgt wahrscheinlich in den nächsten Tagen.

* **Paris**, 1. Dez. Die Parteifreunde Brisson's versichern, dieser sei entschlossen, das Kabinet zu bilden, selbst wenn die Betheiligung gewisser Personen, die Brisson erwarte, ausbleiben sollte. Das Kabinet werde wahrscheinlich erst im Laufe des heutigen Tages gebildet werden können.

* **Rom**, 30 Nov. (Senat.) Die Interpellation Lambertico's wegen der Weinzollklausel beantwortend, wies Brin auf die glücklich beendeten Wiener Verhandlungen hin und zählte die Italien gewährten Vortheile auf. Alle weinbaulichen Interessen Italiens seien gewahrt. Die Zulassung Seitens nationaler Institute ausgestellter Analyse-Certifikate beseitige endlich gewisse Unzukömmlichkeiten des Erlasses vom 10. August. Der Minister ist fest überzeugt, die Weinzollklausel werde die von Interessenten erwartete Wirkung geben. Lambertico erklärte sich für völlig befriedigt.

* **London**, 1. Dez. Eine Reuternachricht aus Yokohama meldet den Untergang des Kriegsschiffes Chishima. Er fand bei Iyo statt. 74 Personen ertranken.

* **London**, 1. Dez. Der oberste Gerichtshof lehnte die Berufung des Anarchisten François gegen den Beschluß des Polizeigerichtshofes ab. François wird somit an Frankreich ausgeliefert.

* **Lüttich**, 1. Dez. In der Kohlengrube von Horloz ist gestern Vormittag ein theilweiser Streik ausgebrochen, der im Laufe des Abends allgemein wurde. Die Zahl der Streikenden beträgt ungefähr 1000.

* **Frankfurt a. M.**, 1. Dez., 5 U. 55 M. (Abendkurse.) Kreditaktien 268½, Lombarden 79⅞, Disk.-Komm. 180.20, Aegypter 99.30, Gelsenkirchen 137.40. Matt.

* **Paris**, 1. Dez. (Schlußkurse.) 3proz. Rente 99.10, 3pr. Portugiesen 23½, Spanier 63—, Türken 21.55, Banque ottom. 599, Rio Tinto 419, Banque de Paris 677. Schwach.

---

§ Für den Büchertisch.

An empfehlenswerthen Erscheinungen sind uns ferner zugegangen:

Unparteiische Beleuchtung der Militärvorlage im Gegensatze zu derjenigen im „Politischen A B C-Buch von Eugen Richter. Preis 40 Pf. (Berlin, E. S. Mittler u. Sohn). Die Einwendungen gegen die Militärvorlage, welche die Fortschrittspartei durch Eugen Richter erhebt, werden in einer kleinen, unter genanntem Titel erschienenen Schrift nicht nur widerlegt, sondern es wird dabei die Militärvorlage selbst in ihren Ursachen und Zielen, in ihrem gesammten Inhalte sachkundig und gemeinverständlich erläutert. Die Schrift ist daher besonders geeignet, im großen Publikum Klarheit über den Inhalt der Militärvorlage zu verbreiten.

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 1. Dez. 1892, 3 Uhr 22 Min.

Staatspapiere.		Wechsel a. Wien	169.50
3% D. Reichsanleihe	86.—	Napoleonsd'or	16.20
4% dto.	106.95	Privatdiskonto	2½
4% Preuß. Konsol	106.90	Nachbörse.	
4% Baden in fl.	102.20	Kreditaktien	266.25
4% „ „ M.	103.80	Diskonto-Kommandit	180.40
Oesterr. Goldrente	98.—	Staatsbahn	—.—
„ Silberrente	82.60	Lombarden	79.75
4% Ungar. Goldrente	95.80	Tendenz: matt.	
1880r Russen	96.90	Berlin.	
II. Orientanleihe	63.70	Oesterr. Kreditaktien	167.60
Italiener konvertant	92.60	Oesterr. Staatsbahn	—.—
Aegypter	99.50	Lombarden	39.40
Spanier	62.80	Diskonto-Kommandit	180.40
Zoll-Türken	92.80	Laurahütte	98.60
Banken.		Gelsenkirchen	137.50
Kreditaktien	266⅞	Dortmunder	57.60
Diskonto-Kommandit	181.60	Bochumer	119.20
Darmstädter Bank	132.70	Rubelnoten	200.50
Handelsgesellschaft	132.50	Tendenz: matt.	
Deutsche Bank	159.—	Wien.	
Dresdener Bank	140.—	Kreditaktien	316.50
Bahnaktien.		Staatsbahn	298.90
Schweiz. Nordostbahn	106.—	Lombarden	91.90
„ Zentralbahn	115.20	Ungarn	113.40
Gotthard	156.70	Marknoten	58.87
Lombarden	79⅞	Tendenz: still.	
Ungarn	—.—	Paris.	
Elbthal	197.—	3% Rente	99.12
Hess. Ludwigsbahn	110.50	Spanier	63¼
Wechsel und Sorten.		Türken	21.60
Wechsel a. Amsterdam	168.57	Ottomane	593.—
„ „ London	20.34	3% Portugiesen	23½
„ „ Paris	80.97	Tendenz: matt.	

Verantw. Redaktion: Friedrich Hannemann in Karlsruhe.

Meteorologische Beobachtungen.

Dat.	Morgens	Ort.	Bar. auf 0. Gr. u. d. Meeresniv. red. in Mill.	Wind. Richtung.	Wind. Stärke.	Wetter.	Temp. in Cels.-graden
1	8	Mullaghm.	758	NNW	mäßig	bedeckt	7
	8	Aberdeen	758	WNW	leicht	halb bed.	— 1
	8	Christiansd	747	WNW	stark	wolkig	— 0
	8	Kopenhag.	754	W	mäßig	heiter	1
	8	Stockholm	743	W	stark	bedeckt	2
	8	Havaranda	736	N	stark	bedeckt	— 3
	8	Petersburg	738	SW	schwach	heiter	1
	8	Moskau	752	SW	leis. Zug	bedeckt	— 3
	8	Cork	757	WSW	frisch	Regen	11
	8	Cherbourg	766	SW	schwach	bedeckt	9
	8	Helder	761	WSW	steif	wolkig	6
	8	Sylt	756	WNW	frisch	Schnee	2
	8	Hamburg	760	WSW	mäßig	halb bed.	1
	8	Swinemde.	757	WSW	frisch	bedeckt	2
	8	Neufahrwj	752	W	schwach	heiter	2
	8	Memel	748	W	stark	wolkig	5
	8	Paris	769	S	leicht	bedeckt	2
	8	Münster	763	WSW	mäßig	halb bed.	0
	8	Karlsruhe	770	SW	leicht	wolkig	— 1
	8	Wiesbaden	768		still	bedeckt	— 0
	8	München	769	SW	schwach	halb bed.	— 2
	8	Chemnitz	766	WSW	mäßig	heiter	— 1
	8	Berlin	762	W	schwach	bedeckt	2
	8	Wien	768	W	schwach	halb bed.	1
	8	Breslau	762	W	stark	wolkig	2
	8	Ile d'Aix	770	SO	schwach	Nebel	5
	8	Nizza	775	O	leicht	heiter	4
	8	Triest	766	ONO	leicht	bedeckt	7

(Uebersicht der Witterung.) Die Depression im Norden ist bis zum Weißen Meer weitergezogen, verursacht aber noch bis zur deutschen Ostseeküste herab mildes Regenwetter; gleichzeitig hat sich über der südlichen Hälfte Mitteleuropas ein barometrisches Maximum mit einem Kern im Südwesten festgesetzt. In seinem Bereich hat es theilweise aufgeklärt und dementsprechend sind auch die Temperaturen wieder unter den Gefrierpunkt gesunken. Dem Nordwesten Europas scheint sich eine neue Depression zu nahen; da das Ortsbarometer ziemlich rasch fällt, so wird dieselbe ihren Einfluß voraussichtlich bald geltend machen. Vorher ist aber vorübergehend helles, kaltes Wetter zu erwarten.

Geboren.

Karlsruhe, 25. Nov. Emilie Käthchen, V. Herm. Kast, Schriftsetzer. — 29. Nov. Elsa Katharina, V. Julius Kretz, Reserveführer; Hermann Ludwig, V. Karl Hagmann, Bahnhofarbeiter. — 30. Nov. Elisabeth Luise Margarethe, V. Wilh. Potaß, Bautechniker.

Eheaufgebote.

Karlsruhe, 30. Nov. Renz, Eugen, von Rettigheim, Bierführer hier, m. Maria Kling, Wwe., von Zöhlingen; Zimmermann, August, von Mingolsheim, Koch in Baden, m. Sofie Landmann von hier.

Gestorben.

Karlsruhe, 29. Nov. Scherer, Ludwig Jakob, Tapezier, 34 J. — 30. Nov. Rößler, Johann, Privat, 81 J.; Spiegel, Magdalena, Pflästerers Wwe., 58 J.

Jagdverpachtung.

Die Gemeinde Oetigheim, Amts Rastatt, verpachtet 5046.2.2
am Mittwoch, den 7. Dezember d. J., Nachmittags 2 Uhr,
auf dem Rathhause daselbst die Ausübung der Jagd in 2 Distrikten, bestehend aus 3056 Morgen Feld, Wald und Wiesen, auf weitere sechs Jahre.

Hierbei wird bemerkt, daß als Bieter nur solche Personen zugelassen werden, welche sich im Besitze eines Jagdpasses befinden oder durch ein schriftliches Zeugniß der zuständigen Behörde (des Bezirksamtes) nachweisen, daß gegen die Ertheilung des Jagdpasses ein Bedenken nicht obwaltet.

Oetigheim, den 26. November 1892.

Das Bürgermeisteramt
Kuhn.
Kuhn, Rathschreiber.

Garantirt reinen, sehr feinen
1889er Natur-Wein
in kleineren oder größeren Fäßchen pro Liter 70 Pf. verkauft 4961.4.4
Frau Lehrer Stallmann,
Dürkheim a. d. Haardt
(Rheinpfalz).

Stellenvermittelung
durch den Verband Deutscher Handlungsgehülfen Geschäftsstelle Frankfurt a. M., Schäfergasse 1. 4930.10.8

Gefl. Weihnachts-Aufträge

werden baldthunlichst erbeten und beste Ausführung in allen üblichen Verfahren zugesichert. 4967.10.6

Hochachtungsvoll

Carl Ruf, Hofphotograph,
Karlsruhe, 26 Amalienstrasse 26.

A. L. Beck,
L. Sturm's Nachf., Karlsruhe,
gegenüber der Infanteriekaserne,
empfiehlt täglich frisch eintreffende
See- u. Flußfische
aller Art,
nur lebend frisch; keine Lagerwaare.
Holl. Schellfische, Cabeljau, Hechte, Zander, Schollen, Turbots, Ostender Soles, Blaufelchen 2c. 2c.
Nach auswärts prompter Post- und Bahn-Versandt. 4268.—23

Ein sehr einträgliches Geschäft, wozu Fach- oder kaufmännische Kenntniß nicht nothwendig ist, an verkehrsreichem Platze hiesiger Stadt gelegen, das bisher mit namhaftem Erfolge betrieben wurde, mit zahlreicher gut zahlender Kundschaft, ist mit dem schönen, zweckmäßig eingerichteten **Wohnhause**, großem Hofe, Stallung 2c und der Geschäfts-Einrichtung wegen Krankheit des Hrn. Besitzers zu verkaufen. Zur Erwerbung und zum Betriebe sind 25—30000 M. baar erforderlich. — Auskunft ertheilt an Selbstkäufer **Albert Rotzinger** in **Freiburg i. B.** 4965.1.2

Druck und Verlag der Macklot'schen Buchhandlung und Buchdruckerei, Waldstraße Nr. 10 in Karlsruhe.